

Proletarier

Internationaler Kommunistischer Partei

aller Länder, vereinigt Euch!

WAS UNSERE PARTEI KENNZEICHNET: die Behauptung der politischen Kontinuität von Marx bis Lenin und bis zur Gründung der Kommunistischen Internationale und der Kommunistischen Partei Italiens (Livorno 1921); der Kampf der kommunistischen Linke gegen die Entartung der Internationale, gegen die Theorie des „Sozialismus in einem Land“ und die stalinistische Konterrevolution; die Ablehnung der Volksfronten und des bürgerlichen Widerstandes gegen den Faschismus; die schwierige Wiederherstellung der revolutionären Theorie und Organisation in Verbindung mit der Arbeiterklasse und gegen jede personenbezogene und parlamentarische Politik.

Zweimonatszeitung der
IKP

Nr. 3 - Mitte März/Mitte Mai 1979

PREIS:
50 Pfg.

Abschaffung der Lohnarbeit heißt Abschaffung der Produktion für die Produktion

Die Kritik des Marxismus an der bürgerlichen Gesellschaft ist im wesentlichen Kritik an der Lohnarbeit. Seine Verurteilung des Kapitalismus ist im wesentlichen Verurteilung der Produktion für die Produktion. Die Vorurteile dieser Gesellschaft und die Lügen der Stalinisten und Kon-sorten haben die Geister so versaut, daß diese Punkte im allgemeinen nicht verstanden werden. Doch gerade sie müssen die Marxisten ständig in Erinnerung rufen und erklären.

Sowohl geschichtlich als auch logisch gesehen, sind Lohnarbeit, wenn sie sich verallgemeinert hat, und Produktion für die Produktion untrennbar miteinander verbunden. Die Lohnarbeit kann sich nur verallgemeinern, wenn die Mehrheit der Bevölkerung über keine Produktionsmittel und - allgemeiner gesagt - über kein Eigentum verfügt. Unter solchen Umständen ist die große Mehrheit der Menschen gezwungen, ihr Leben gegen Geld einer fremden Macht zu verkaufen. Diese "fremde Macht" ist, wie jedermann weiß, die Gesellschaftsklasse, die die Produktionsmittel besitzt. Diese zielt, wie alle herrschenden Klassen in der Geschichte, darauf ab, sich die Mittel, um das Leben zu genießen, anzueignen, ohne selbst an der sozialen Produktion teilzunehmen, ohne sich selbst dem Arbeitszwang zu unterwerfen.

Man könnte daher glauben, daß das Ziel der Produktion im Kapitalismus in der Befriedigung der Bedürfnisse der herrschenden Klasse liegt und daß das Leben der großen Mehrheit der Menschen diesem Ziel unterworfen ist. In Wirklichkeit sind die Sachen nicht so einfach. Ginge es ausschließlich darum, eine Handvoll Kapitalisten zu unterhalten, dann wäre es, selbst wenn diese den größten Appetit hätten, wohl nicht notwendig, daß sich Millionen und Millionen von Menschen tagtäglich in immer größerer Hetze abrackern. Die Konsumbedürfnisse der großen Bank-, Industrie- usw. Aktionäre sowie der hohen Staatsbürokratie stehen in keinem Größenverhältnis zu den Milliarden von Arbeitsstunden, welche die lohnabhängige Bevölkerung aller entwickelten Industrieländer alljährlich leistet. Jedermann weiß sehr gut, daß ein Unternehmen, das seine Lohnarbeiter "zu hoch bezahlen" würde, ein noch schlimmeres Ri-

siko liefe, als wenn es eine in den Augen seiner Aktionäre "ungenügende" Dividende ausschütten würde. Dieses Unternehmen würde nämlich auf dem Markt scheitern, Pleite machen. Und der Staat, der ebenso handeln sollte, würde Bankrott gehen. Selbst wenn man keine Begriffe der hohen Wirtschaftswissenschaft hineinzieht und ganz einfach bei der handgreiflichen Wirklichkeit bleibt, kann man also verstehen, daß die kapitalistische Wirtschaft, die ja den Bedürfnissen der Lohnarbeiter nicht gehorcht, ebensowenig den persönlichen Bedürfnissen der Mitglieder der Bourgeoisie gehorcht, sondern den unpersönlichen Gesetzen des Marktes, die sich selbst der herrschenden Klasse aufzwingen.

Wie man uns bis zum Überdruß wiederholt, verlangen diese Gesetze die Senkung der Produktionskosten. Dieses Gebot erstreckt sich von den Produktionsbetrieben, in denen Arbeiter im eigentlichen Sinne des Wortes tätig sind, auf alle anderen Firmen und alle privaten und öffentlichen Verwaltungen und demzufolge auf die gesamtlohnabhängige Bevölkerung. Die Diktatur des Marktes ist daher die Erklärung für diese paradoxe Tatsache: Je mehr die Menschheit Reichtum produziert oder produzieren kann, desto fieberhafter muß sie arbeiten, desto strenger muß sie ihre Bedürfnisse im Zaum halten, desto schlechter muß sie schließlich leben - wenn man unter "gut leben" nicht wie die Kapitalisten "mehr kaufen" versteht! Aber dann geht alles doch so vor, daß das Ziel der Produktion nicht der gesellschaftliche Konsum ist, sondern die Produktion selbst! Im

überreifen Kapitalismus von heute wird selbst das platteste Bewußtsein von dieser Absurdität schockiert, und man kann ja die Leute kaum mehr zählen, die mit wirklicher oder vorge-täuschter Naivität fragen: Wozu denn Wirtschaftswachstum ??? Dies ist erfreulich, denn es ist die alleralltäglichste Wirklichkeit, welche Millionen von Menschen, die niemals ein gelehrtes Buch namens "Das Kapital" von Karl Marx gelesen haben, dazu zwingt, eine Wahrheit anzuerkennen, die seit über einem Jahrhundert ausgesprochen wurde: Der Standpunkt des Kapitalismus ist die Produktion für die Produktion und nicht für die Befriedigung der Bedürfnisse der Gesellschaft. Und dem ist so, weil der Kapitalismus Waren und nicht Gebrauchsgüter produziert.

Worin besteht unter solchen Umständen eine soziale Revolution, die alles verändert? Darin, daß die Klasse, die über keine eigenen Arbeits- und Existenzmittel verfügt und daher zur Lohnklaverei verurteilt ist, sich alles aneignet, was sie für die Sicherstellung ihres kollektiven Lebens braucht.

Der Standpunkt der Klasse der Lohnarbeiter kann nicht darin bestehen, "die Produktionskosten zu verringern", denn das, was der Kapitalismus so nennt, ist schließlich das menschliche Leben selbst, das er in der Tat zu einem ziemlich elenden Ding "verringert" hat! Will man eine einfache Formel gebrauchen, so liegt der proletarische Standpunkt darin, "die Produktionskosten zu erhöhen"! Es kann daher der Lohnarbeiterklasse auch nicht darum gehen, umso intensiver zu arbeiten, je größer die

IRAN: Für die Revolution braucht man die Partei

"Soweit an der Spitze der Aufständischen keine von den Interessen und Zielen des Aufstandes durch und durch erfüllte Partei stand, mußte sein Sieg unabwendbar die Macht in die Hände jener Parteien legen, die bis zum letzten Augenblick dem Aufstand entgegengewirkt hatten."

"... 'elementare' Aufstände können über den Rahmen des bürgerlichen Regimes nicht hinausgehen."

"Die alte Macht stürzen - ist eines. Die Macht übernehmen - ein anderes. Die Bourgeoisie ist in der Lage, in der Revolution die Macht zu übernehmen, nicht weil sie revolutionär ist, sondern weil sie die Bourgeoisie ist: in ihren Händen befinden sich Besitz, Bildung, Presse, ein Netz von Stützpunkten, eine Hierarchie von Institutionen. Anders das Proletariat: (es kann) nur auf seine zahlenmäßige Stärke, seine Geschlossenheit, seine Kader, seinen Stab rechnen."

Diese Worte wurden nicht nach den Februar-Ereignissen im Iran geschrieben, sondern vor Jahrzehnten (von Trotzki), und sie stellen auszugswise die marxistische Auffassung von der "Revolutionsmechanik" dar. Was geschah anders im Iran? Was fehlte, wenn nicht gerade der selbständige Austritt des Proletariats als Klasse, die proletarische Führung, die kommunistische Partei? BRENNENDE AKTUALITÄT DES MARXISMUS, DRINGENDE NOTWENDIGKEIT DER PARTEI!

Produktivität der Arbeit ist, sondern ganz im Gegenteil darum, die gewachsene Produktivität auszunutzen, um sich vom uralten Arbeitsjoch zu befreien. Dies sieht jeder leicht ein, der kein christliches Lamm Gottes, kein Bourgeois und keine opportunistische Kanaille ist.

(Fortsetzung auf S. 2)

China — Vietnam Die Fronten des dritten imperialistischen Weltkrieges zeichnen sich ab Das Lügengebäude des „Nationalen Sozialismus“ bricht zusammen

Die westliche Bourgeoisie ist entzückt. Sie darf wieder den "Kommunismus" an den Pranger stellen und die "marxistische Utopie" entlarven: "Marxistische Staaten" führen Krieg gegeneinander, "Kommunisten" rufen die imperialistische Weltöffentlichkeit dazu auf, über ihre Streitigkeiten zu befinden!

Schauen wir uns aber näher an, welches Programm die chinesische und vietnamesische, bzw. indochinesische Revolutionen verfolgten: nationale Befreiung vom Kolonialismus und Imperialismus, Errichtung nationaler Staaten, Ausdehnung des Marktes in den Grenzen dieser Staaten, massive Industrialisierung auf der Grundlage der Lohnarbeit (also Akkumulation von Kapital), Schaffung der bestmöglichen Bedingungen für die eigene Integration in die imperialistische Weltordnung, Straffung aller gesellschaftlichen Beziehungen und Zusammenarbeit aller Gesellschaftsklassen für die Verwirklichung dieser Ziele. Das ist das Programm von nationalen, bürgerlichen Revolutionen. Etwas Progressives, das aber mit Marxismus und kommunistischem Programm nichts zu tun hat.

Der Marxismus ist die Theorie und das Programm nicht der Entwicklung des Kapitalismus, deren Folge und Voraussetzung die Errichtung von nationalen Staaten ist, sondern der Abschaffung des Kapitalismus und somit aller nationalen Staaten und ihrer Grenzen. Ihm geht es nicht um Klassenzusammenarbeit, sondern um Klassenkampf, nicht um nationale Unabhängigkeit, sondern um die internationale Befreiung des Proletariats. Der Marxismus hat zwar die Befreiung der unterdrückten Länder in das strategische Konzept der proletarischen Weltrevolution eingebettet, aber nicht, um diese Länder bei größerer Eigenständigkeit in die imperialistische Weltordnung wieder zu integrieren, sondern um den Kapitalismus und Imperialismus zu zerschlagen und anstelle des Weltmarkts eine einheitliche, vom Proletariat aller Nationen nach einem gemeinsamen Plan geregelte Weltwirtschaft zu schaffen. Und der Marxismus hat zugleich zum entschlossenen Kampf gegen den Versuch aufgerufen, den reinen Unabhängigkeitsbewegungen in den unterdrückten Ländern ein sozialistisches und

kommunistisches Mäntelchen umzuhängen, denn mit diesem Mäntelchen umhüllt versuchten und versuchen die bürgerlichen Kräfte das Proletariat und die armen Volksmassen vor ihre nationale Karre zu spannen. Der Stalinismus handelte gerade umgekehrt. Er lieferte das Proletariat in den entwickelten wie in den rückständigen Ländern der Bourgeoisie aus, zerschlug die bolschewistische Partei und die Kommunistische Internationale, d.h. die Instrumente eines internationalen proletarischen Klassenkampfes, und machte sich zum Träger einer bürgerlichen Konterrevolution und einer frenetischen Akkumulation von Kapital in Rußland. Genauso wie er das alles mit dem Mäntelchen des "sozialistischen Aufbaus in einem Lande" versah, genauso haben sich die nationalen, bürgerlichen Revolutionen in China, Vietnam usw. ein kommunistisches Mäntelchen umgehängt, ja der Stalinismus hat ihnen in dieses Mäntelchen hineingeholfen.

Wie der Marxismus aber zeigt, beruhen Kapitalismus, Akkumulation des Kapitals, bürgerliche Gesellschaft

(Fortsetzung auf S. 4)

Kommunistisches Programm

Nr. 21 - März 1979

- Die Laufbahn des Weltimperialismus Die Offensive des Kapitals gegen die Arbeiterklasse.
- Der Terrorismus und der schwierige Weg der allgemeinen Wiederaufnahme des Klassenkampfes.
- Nicaragua: Lehren eines niedergeschlagenen Aufstands.
- Die Ergebnisse der imperialistischen Herrschaft im Iran (2. Teil).

Ein Beitrag zum Frauentag: Gegen den Feminismus! Für den proletarischen Klassenkampf!

Seitdem Privateigentum besteht, verkümmert die Frau des Volkes, eingepfercht in der häuslichen Enge eines armseligen Familiendaseins, erniedrigt, geduckt, wehr- und hilflos. Der Kapitalismus hat diesen Nebeneffekt des Patriardalismus aus früheren Zeiten geerbt und bewußt in seine Praxis des "Teile und Herrsche" eingebaut. Auch jetzt ist die Proletarierin besonders schlimm dran. Durchweg mangelhaft ausgebildet, ist sie das am schlechtesten bezahlte Opfer des Kapitals, und in Krisenzeiten sitzt sie meist als erste auf der Straße. Dazu ist sie als Proletarierin die einzige natürliche Instanz, die dem Kapital zukünftige Proletarier liefern kann. Schlechtbezahlte stupide Büro- und Fabrikarbeit wie die zusätzliche Belastung von Kinderaufzucht und Haushalt sind also scheinbar ihr "Schicksal".

Hat sich also ihr Leben gegenüber früher nur verschlimmert, hat sich die Hoffnungslosigkeit nur vertieft? In der patriarchalisch verbrämten Klassengesellschaft des Kapitalismus hat sich allerdings grundlegendes geändert: Aus dem Teufelskreis von "Kirche, Kinder, Küche" in die kapitalistische Produktion gezwungen, ist sie in erster Linie Proletarierin und erst in zweiter Linie Frau. Jetzt wird sie vor allem vom Kapital ausgebeutet und nicht wie früher von ihrem Mann. Gemeinsam mit den Männern wird ihr vielmehr als Proletarierin vom Kapital der Kampf gegen Ausbeutung und Schikane aufgezwungen - und damit die grandiose Perspektive, ihr jahrtausendlanges Los entscheidend zu wenden. Denn: "In der

modernen Proletarierin wird das Weib erst zum Menschen, denn der Kampf macht erst den Menschen..." (Rosa Luxemburg).

Vor allem für die lohnabhängige Frau ist der proletarische Klassenkampf die einzige Möglichkeit, ihre Misere zu überwinden. Und wie sehr dies gilt, sieht man gerade zu Zeiten, in denen dieser Kampf seit Jahrzehnten von den Vertretern des Kapitals fast restlos aus der Welt geschaffen wurde: Verschwindet nämlich dieser Klassenkampf, so ist gerade die Frau ein Hauptopfer. Denn in dieser Lage gelingt es dem Kapital, das zur Ohnmacht verdammt Proletariat gegeneinander auszuspielen, um es besser ausbeuten zu können - die Frau wird so zur flexibel einsetzbaren Arbeitskraft.

Aber auch zu Hause wird gerade die Frau Opfer dieses Klassenkampfes von oben: Die Kleinfamilie, die im Kapitalismus immer mehr ihre innere Substanz verliert, wird vor allem der Ort, wo die Fetzen fliegen, wo die im Arbeitsprozeß angestauten Aggressionen, Sorgen und Ängste aufeinanderprallen. Daß hier vor allem die Frau Blessuren erleidet, ist nur "natürlich".

Verdrängter Klassenkampf führt also zur Familienschlacht als Resultat der Ohnmacht gegenüber dem Kapital. Wegen der Zwangsrufe im Kampf zwischen Arbeit und Kapital tobt jetzt der "Kampf der Geschlechter" - und das Kapital ist der profitierende Dritte, und das im wahrsten Sinne des Wortes.

Nur der gemeinsame Klassenkampf der männlichen und weiblichen Proletarier

als solche kann diesen Teufelskreis sprengen; nur in der Befreiung des Proletariats als Klasse eröffnet sich darüberhinaus der Frau die Möglichkeit, durch Abschaffung der Familie, Vergesellschaftung der Hausarbeit und der Kinderaufzucht ihr Schicksal zu überwinden. Nur im proletarischen Klassenkampf kann die Frau als Proletarierin ihre Ohnmacht gegenüber dem Kapital und zu Hause ihre Unterwürfigkeit gegenüber dem Mann verlieren.

Es gilt, folgende Kette aufzubrechen: Der ausgebeutete Mann reagiert seine Ohnmacht im Betrieb zu Hause an seiner Frau ab, beide malträtiert ihre Kinder und alle halten sich gegenseitig in Schach. Nur durch die Wiederaufnahme des Klassenkampfes gegen das Kapital kann man dieser selbstzerstörerischen Hölle entkommen.

Gerade wegen dieser zwingenden Notwendigkeit des sich wieder verschärfenden Klassenkampfes und der möglichst energischen Beteiligung der Frauen als Lohnabhängige an diesem Kampf gegen das Kapital, sind die in den letzten Jahren verstärkt lancierten Parolen, die den verschärften Geschlechterkampf an Stelle des Klassenkampfes fordern, umso gefährlicher, als sie keinerlei Perspektive für die Proletarierin haben können.

Der Kapitalismus ist eine Klassengesellschaft, dessen obere Kommandoposten durchweg von Männern besetzt sind. Dies kann aber niemals heißen, daß der Kapitalismus ein Produkt des Mannes ist, sondern höchstens, daß vor allem Männer die objektiven Zwangsgesetze dieses Systems umsetzen. Um das zu verändern, sind vor allem die Feministen als Theoretiker wie Praktiker des Geschlechterkampfes angetreten. Sie repräsentieren durchweg einen privilegierten und "konkurrenzfähigen" Teil der Frauen, die ihre Aufstiegschancen innerhalb des Kapitalismus zunehmend von Männern

versperren sehen. Im Namen aller Frauen glauben sie, einen "gerechten" Anteil an den oberen und mittleren Kommandoposten fordern zu können. Um ihre Aufsteigermentalität zu kaschieren, postulieren sie quasi eine "Verweiblichung" des Kapitalismus und versprechen nicht nur für sich, sondern auch der Masse schlechtbezahlter Proletarierinnen, die sich niemals eine realistische Hoffnung des Aufstiegs im Kapitalismus machen können, bessere Zeiten. Es ist wahrlich nicht schwer zu erkennen, daß diese "Feministen" mit ihrem klassenübergreifenden Kampf gegen den Mann nichts anderes beabsichtigen, als zum Sprachrohr jener (klein-)bürgerlichen Frauen zu werden, die sich auf Kosten des weiblichen UND männlichen Proletariats das Privileg erstreiten wollen, gleichberechtigt über Eigentum und Vermögen verfügen zu können. Deshalb ist es nicht zufällig, daß diese Frauenbewegung unfähig ist zu verstehen, daß - solange der Kapitalismus fortbesteht - das Recht der Frau auf freie Verfügung über Person und Vermögen sowie auf politische Gleichstellung mit dem Mann nur freiere Verfügbarkeit des Kapitals über die Proletarierinnen bedeutet. Die Gleichberechtigung der Frau mit dem Manne ist also nichts anderes, als eine Reform auf dem Boden des Kapitalismus, eine Reform, die allerdings den Vorteil hat, daß sie den Proletarierinnen zeigt: Nicht euer Frausein, sondern euer Dasein als vom Kapital ausgebeutete Arbeiterin ist die Ursache eurer Knechtschaft. Deshalb ist im Gleichklang mit dem proletarischen Klassenkampf, auf seinen Bahnen, mit seinen Methoden und Machtmitteln der Kampf gegen jede Diskriminierung der Frau nur ein MITTEL, um die Proletarierinnen und Proletarier im Kampf aneinanderzuschweißen, zu schulen, zu erziehen und vorzubereiten auf den gemeinsamen Ansturm gegen das Kapital.

Abschaffung der Lohnarbeit

(Fortsetzung von S. 1)

Solange neben dem Kapitalismus ein breiter Bereich der kleinen Warenproduktion bestand, deren gesellschaftliche Nutzleistung äußerst kümmerlich war und die die Produzenten zu einem rein privaten, vereinzelten und daher noch barbarischeren Dasein als das Leben der Proletarier verurteilte, solange konnte dieser Standpunkt der Lohnarbeiterklasse noch nicht als *das Interesse der Gesellschaft als Ganzem* erscheinen. Er konnte sich daher auch nicht in der Wirklichkeit durchsetzen. Aber seitdem sich der Kapitalismus gegen die rückständigeren Produktionsweisen durchgesetzt hat, ist *das Interesse der Gesellschaft als Ganzem mit dem Interesse der Lohnarbeiterklasse identisch*. Diesem müssen alle Sonderinteressen unerbittlich unterworfen werden, was die Errichtung der politischen Diktatur des Proletariats zur Voraussetzung hat. Damit wird auch die kapitalistische Norm des *freien Unternehmens* völlig wegfallen. Diese Norm besteht auch in den kapitalistischen Ländern des Ostens, wie Rußland und der DDR. Dort wurde ihre Wirkung nur eingeschränkt (und wird übrigens heute unter dem Druck des Marktes wieder erweitert), wie dies auch bei einem einzelnen Betrieb eines Großkonzernes gegenüber der Konzernleitung oder bei einem westlichen Staatsbetrieb (z.B. der Post) gegenüber dem Staat der Fall ist.

Das "freie Unternehmen", ob nun ein Privatmann oder der Staat als Unternehmer auftritt, stellt in der Tat nichts anderes als ein *Sonderinteresse* dar. Es handelt so, als sei es der Mittelpunkt der Welt: Es reißt so viele Produktionsmittel und Rohstoffe an sich und stellt so viele Arbeiter ein, wie es sein Kapital und seine Verkaufsaussichten ihm erlauben, ohne sich zu fragen, ob diese Mittel und Arbeitskräfte nicht in einem anderen Tätigkeitsbereich nützlicher wären. Es stellt so viel von

seiner besonderen Ware her, wie es auf dem Markt absetzen kann, ohne sich zu fragen, ob nicht andere Güter nützlicher für die Gesellschaft wären. Und es ist dabei sogar bereit, einen "psychologischen Krieg" gegen die ganze Bevölkerung zu führen, um sie davon zu überzeugen, daß sie nach dieser besonderen Ware ein *Bedürfnis* hat.

Ob es sich um private Betriebe oder, wie in Rußland und der DDR, um Staatsbetriebe handelt: das gesellschaftliche Resultat ist dasselbe, und das Unternehmen als Nabel der Welt führt zu solchen Absurditäten, daß es immer unerträglicher wird. Das neue Prinzip, das mit der Ersetzung der Diktatur der Bourgeoisie durch die Diktatur des Proletariats eingeführt werden wird, kann nur die direkte Bestimmung der Produktion durch die *Gesellschaft* sein. Das setzt voraus, daß die früheren einzelnen Unternehmen zu einem harmonisch zusammenhängenden Ganzen verschmolzen werden, was nur möglich ist, wenn die Verteilung der Arbeiter unter den verschiedenen Produktionszweigen und Tätigkeitsbereichen im allgemeinen, die heute auf der Grundlage der Geschäftsgelegenheiten und der Konkurrenz erfolgt, *zentral und ausgehend von den gesellschaftlichen Bedürfnissen* geleitet wird: Damit man nicht zuviel Stahl (und überhaupt Waffen!) und zuwenig Nahrungsmittel, zuviel Verkehrsmittel und zuwenig Wohnraum, zuviel Schläger, Filme, Bücher und zuwenig Bildungs- und Gesundheitsdienste usw. hat (um davon ganz zu schweigen, daß es zuviel bürgerliche und opportunistische Propaganda und bedauerlich wenig kommunistische Schriftengibt!).

Es ist eine merkwürdige Sache: In dem Maße, wie das kapitalistische Joch zunehmend erstickender wird, versteht die ganze Welt immer besser diese Notwendigkeit. Aber - und dafür ist die Aktion des Opportunismus verantwortlich - sehr wenige begreifen, daß eine harmonisch zusammenhängende soziale Wirtschaftsform nur dann an die Stelle des freien Unternehmens treten kann, wenn man auf-

hört, die Güter als Waren herzustellen, als Werte, die einen Preis in Geld erhalten, als Tauschwert! Und dennoch "tauschen" innerhalb eines heutigen Betriebes die verschiedenen Abteilungen ihre Produkte nicht "aus". Die Montageabteilung erhält z. B. die Teile von der Fertigung, ohne sie "kaufen" zu müssen. Innerhalb der Betriebe werden die auf jeder Stufe verausgabten Arbeitszeiten sicherlich berechnet, um die Verschwendung im Kleinen zu vermeiden (während im Maßstab der Gesellschaft die große Verschwendung herrscht!). Diese Arbeitsmengen nehmen aber keine Wertform an, mit anderen Worten erst wenn es fertig ist und das Unternehmen "verlassen" soll, erhält das Erzeugnis einen *Geldpreis*.

Wenn es aber den Betrieb zwangsläufig "verlassen" muß, so kommt das, weil der Betrieb zu enge Grenzen hat und weil in den breiteren Grenzen der gesellschaftlichen Produktion, ob man diese im Maßstab eines Landes, eines Erdteils oder mehr noch der ganzen Welt betrachtet, sich zahllose selbständige Betriebe wie irre Moleküle hin und her bewegen. Wenn man die engen Grenzen des Betriebes auf diejenigen der gesellschaftlichen Produktion eines Landes, eines Erdteils und schließlich der ganzen Welt ausdehnt, mit anderen Worten wenn die heutigen Betriebe in der Gesamtwirtschaft zu dem werden, was heute die verschiedenen Abteilungen in einem Betrieb sind (und gerade dies ist die Vergesellschaftung der Produktionsmittel), dann ist es nicht mehr *notwendig*, daß die Erzeugnisse einen Preis erhalten, mehr noch: dies wird vollkommen unmöglich. Wert und Preis können nur an der Grenze des Systems in Erscheinung treten. Und sie werden daher völlig verschwinden, wenn dieses System die ganze Welt erfaßt haben wird. Die kapitalistische Warenproduktion wird *ausweichen* in dem Maße, wie die sozialistische Revolution an Boden gewinnt, was im Gegensatz zur Meinung vieler vermeintlichen Marxisten nicht bedeutet, daß sie fortleben wird, solange die Revolu-

tion nicht die ganze Welt ergreift, sondern daß sie nur dort verschwinden wird, wo das Proletariat bereits herrscht.

Nun, Abschaffung der Warenproduktion bedeutet zwangsläufig *Abschaffung der Lohnarbeit selbst*. Der Lohn ist niemals etwas anderes als der Preis einer besonderen Ware, der Ware Arbeitskraft. Neben dem Markt überhaupt setzt er den Arbeitsmarkt voraus, d.h. die *Anarchie in der Verteilung der Arbeitskräfte*. Stellen die Produkte keine Werte mehr dar und ist die Verteilung der Arbeitskräfte nicht mehr dem Zufall des Marktes ausgeliefert, so ist es auch unmöglich, die Arbeitskraft selbst als einen Tauschwert anzusehen und ihr einen *Marktpreis* zu geben. Die Gesellschaftsglieder, die sich nunmehr alle der inzwischen enorm erleichterten gesellschaftlichen Arbeit unterziehen, werden nicht mehr für ihre wirklichen oder vermeintlichen "Verdienste" (!) "belohnt". Der zum Verbrauch bestimmte Teil des Sozialprodukts steht jedem anteilig zur Verfügung. Und wenn dieser Teil *notwendigerweise viel größer sein wird als heute*, so weil sich die Zeit, die man für die Fertigung von Produktionsmitteln verwendet, im Vergleich zu ihrem Umfang unter dem Kapitalismus, der nur daran denkt, "die Kosten zu senken", sehr verringert haben wird. Die Opportunisten stellen immer die heuchlerische Frage: "Wie kann man weniger produzieren und mehr konsumieren?" Hier liegt das Geheimnis!

Das ist es, was die *Abschaffung der Lohnarbeit* bedeutet, die für Marx/ und drei oder vier Generationen von Revolutionären immer ein Synonym für *Kommunismus* gewesen ist. Man braucht kein großer Theoretiker zu sein, um zu verstehen, daß sie nichts "Utopisches" oder "Undurchführbares" an sich hat. Und sie bringt schließlich etwas zum Ausdruck, das alle Lohnarbeiter, die vom Opportunismus nicht völlig versaut wurden, in ihrem Inneren bereits denken: *Die Menschen müssen produzieren, um zu leben, anstatt leben, um zu produzieren!*

Der Mieterstreik in den Gastarbeiterheimen Sonacotra

Das Erwachen der ausländischen Arbeiter in Frankreich

Wie in Deutschland bilden auch in Frankreich die "Gastarbeiter" jenen Teil des Proletariats, der am massivsten ausgebeutet und unterdrückt wird. Gerade bei ihnen zeigt sich die *Unsicherheit des proletarischen Lebens* am krassesten. Als internationale Reservearmee des Kapitals ins Land geholt, waren sie 1976 in Frankreich über 2 Millionen (inkl. der Familien über 4 Mio.). Sie hatten sich in den Slums der Großstädte konzentriert und bildeten dort ein immer wieder ausbrechendes Aufbruchpotential, das jeder Kontrolle seitens der Gewerkschaften, der Parteien und der Stadtverwaltungen entglitt. Das Bedürfnis nach einer solchen Kontrolle und nach wachsender Bodenspekulation führte zu einem Programm der "Abschaffung der Slums" und der Einrichtung von "Heimen", die bald durch private Spekulanten, bald durch staatliche Gesellschaften mit angeblich nicht-profitorientiertem Ziel gebaut und verwaltet wurden. Die wichtigste dieser Gesellschaften ist die SONACOTRA, zugleich Bauunternehmer und Hausverwaltung, mit 270 Heimen in ganz Frankreich. Aktionäre sind der französische (55%) und der algerische (7,4%) Staat neben Renault und der Bauunternehmerverband usw. Die Baufinanzierung erfolgt durch den FAS (Fonds für Soziale Aktion), d.h. zu 75% durch die Sozialbeiträge der ausländischen Arbeiter selbst, die ihnen unter dem Vorwand, daß ihre Familien nicht in Frankreich wohnen, nicht zurückgezahlt werden! Durch diesen Schwindel bezahlen sie also eine Miete für Zimmer, die mit ihrem eigenen Geld gebaut wurden! Und was für Mieten! Um den "nicht-profitorientierten" Charakter der Sonacotra zu beurteilen, reichen folgende Zahlen: Die Monatsmiete beträgt im Durchschnitt 300F (rd. 140 DM) für Käfige mit 4 bis 6 qm und wurden zwischen 1972-76 verdoppelt. Zum Vergleich: die Qm-Miete für Sozialbauwohnungen (hier gilt i.d.Regel: Keine Ausländer!) ist um zwei Drittel niedriger (Erhöhung in 4 Jahren 50%). Was die Wohnbedingungen in den Heimen anlangt, so gibt es eine Dusche für ca. 10 Personen, während die Lärmbelastung unerträglich ist (5 cm dicke Sperrholzwände zwischen den Käfigen). Die "Abschaffung der Slums" hat überhaupt keine grundsätzliche Verbesserung der Lebensbedingungen gebracht. Der angebliche Kampf gegen die privaten "marchands de sommeil" ("Schlafhändler") hatte zum Ergebnis, daß der Staat selbst zum größten "marchand de sommeil" wurde!

Die Heimverwalter werden unter pensionierten Militärs angeworben, die nach ihrer "Erfahrung in den Kolonien" (die meisten ausländischen Arbeiter stammen aus ehemaligen französischen Kolonien) und nach ihren "Führungsfähigkeiten" ausgewählt werden. Sie sind bewaffnet und rufen die Polizei bei jedem "Zwischenfall". Durch die Heimordnung sind die Bewohner restlos ihrer Gewalt ausgeliefert. Sie verteilen (und kontrollieren) die Post, entscheiden über Besuche, dürfen zu jeder Tag- und Nachtzeit in die Zimmer eindringen, entscheiden über die Aktivitäten im Aufenthaltsraum. Rechtlich ist der Ausländer kein Mieter, sondern "Bewohner". Er genießt kein Mieterrecht und lebt unter der permanenten Drohung, hinausgeworfen zu werden, insbesondere wegen "politischer (oder gewerkschaftlicher) Tätigkeit".

Zusammenfassend: die Politik der "Heime" ist eine einheitliche Politik der Ausbeutung, Isolierung, Diskriminierung, Kontrolle und Repression der ausländischen Arbeiter.

Aber die Konzentration der Arbeiter schuf zugleich den bürgerlichen Plänen zum Trotz günstige Bedingungen für die Konzentration und Ausbreitung ihres Kampfes, und die Heimbewohner sind imstande gewesen, alle

lokalen, berufsmäßigen und nationalen Barrieren zu überwinden, um sich eine zentralisierte, im Feuer des Kampfes geschweißte Organisation zu schaffen.

KAMPF UND KAMPFWAFFEN GEGEN DIE BÜRGERLICHE OFFENSIVE

Ende 1974 angefangen, breitete sich der Mieterstreik (Verweigerung, die Mieten zu zahlen) rasch aus. 1976 waren bereits 50 Heime in den Streik getreten, d.h. 15.000 Arbeiter. Aus Delegierten der verschiedenen Heime wurde ein Koordinationskomitee (KK) gebildet. Die Forderungen: Herabsetzung der Mieten um 100 F und ihre "Einfrierung" - Mieterstatut - Abschaffung aller repressiven Regelungen - Absetzung der rassistischen Verwalter und deren Ersetzung durch Portiers - Anerkennung der Bewohnerkomitees und des Koordinationskomitees als einzige Vertreter der Bewohner.

In einer ersten Phase verweigerte die Sonacotra jede Verhandlung mit dem KK und beschränkte sich auf Bedrohungen, Einschüchterungsmaßnahmen und Provokationen. Aber schon bald sollten KPF und CGT (die von der KPF kontrollierte Gewerkschaftszentrale) als Berufsfeuerwehr gegen soziale Brände einspringen. Sie versuchten, die Heime einzeln zu getrennten Verhandlungen und zur Mietzahlung zu führen (Spaltungsmanöver), erreichten aber nur lächerliche Verhandlungsergebnisse (Mietsenkung um Pfennige u. dgl.). Die KPF "litt" unter dem Streik, da er besonders jene Stadtteile von Groß-Paris traf, die unter ihrer Verwaltung stehen. Sie legte daher im Dezember '75 einen Gesetzentwurf vor, dessen *Hauptinhalt die "demokratische Reform" der Heimverwaltungen ist: Jedes Heim müßte von einem Verwaltungsrat unter Beteiligung von gewählten Vertretern der Bewohner geführt werden; diese könnten für die Heimordnung Verbesserungsvorschläge einbringen und würden vor allem für die Aufrechterhaltung der Ordnung bürgen. Ziel des Reformentwurfes: Vertreter der Heimbewohner in Heimpolizisten zu verwandeln. Dahin führt ohnehin jede Mitbestimmung.*

Im April 1976 brach die Polizei in die Heime ein und wies 18 Delegierte des KK aus Frankreich aus. (Kommentar der "Humanité": Es handelt sich um "linksradikale Ausländer!") Da sich dadurch die Streikbewegung verstärkte und die Arbeiter u.a. mit einer Demonstration von 20.000 Teilnehmern in Paris antworteten, sah sich die Bourgeoisie gezwungen, die Ausweisungen zurückzunehmen, und die Delegierten konnten zurückkehren.

Die brutale Repression zeigt, daß hinter der Sonacotra der gesamte Staatsapparat und die gesamte Unternehmerschaft stehen. Die Bourgeoisie reagierte als Klasse. Ihr geht es weniger um die Mieteinbußen (die ohnehin durch den FAS gedeckt werden) als vielmehr um entscheidende Prinzipien. In ihrem Kampf gegen die Sonacotra strebten die Bewohner eine proletarische Klasseneinheit an; sie *organisierten sich, um einen kollektiven Druck auszuüben; sie sprengten die Rassen- und Nationalitätsschranken; sie versuchten, ihren Kampf auf alle Betroffenen auszuweiten; sie verteidigten den zentralisierten und einheitlichen Charakter des Kampfes; sie suchten eine KLASSENSOLIDARITÄT von außen zu erhalten; sie bekämpften die Manöver des Reformismus.* So fühlte die Bourgeoisie ihrerseits, daß in diesem Widerstandspol eine Heife für den Widerstand der ganzen Klasse gegen die Zersetzung der Arbeits- und Lebensbedingungen lag. Ihre Repression gegen den Mieterstreik, bei der sie auf die Dienste der Konsulate der Ursprungsländer

der Streikenden zurückgreifen konnte, zielte auf die gesamte Arbeiterklasse.

DIE REFORMISTEN: HILFSMANNSCHAFT DER BOURGEOISIE

KPF und CGT (die Hand in Hand mit der Vereinigung der Algerier in Europa, einer Organisation, die unter dem Einfluß des algerischen Staates steht, arbeiten) konzentrierten ihre Angriffe gegen die Streikführung. Sie warfen ihr "Extremismus" und "Abenteuertum" vor, weil sie mit ihnen nicht "zusammenarbeiten" wollte. Sie verleumdete die kämpfenden ausländischen Arbeiter vor den französischen Klassengenossen. Sie haben sich niemals an einer Kundgebung dieser Arbeiter beteiligt, schimpften sie aber dauernd als "Spalter". Die Reformisten sind in der Tat Garanten der Einheit: der Einheit in der Knechtschaft, der Einheit im Erdulden. Hatten sie während der zwei ersten Jahre des Streik dadurch zu untergraben versucht, daß sie die Heime drängten, einzeln mit der Sonacotra zu verhandeln, so ergriff die CGT 1977 zusammen mit den anderen Gewerkschaftszentralen CFTD ("linkssozialistisch") und FO (rein "gelb") die Initiative, über den Kopf der Bewohner hinweg globale Verhandlungen mit der Sonacotra durchzuführen. Da die Repression die Bewegung nicht hatte brechen können, versuchten sie diese nun in der Klassenzusammenarbeit zu ersticken. Das Ergebnis der Verhandlungen, in deren sechsmonatigem Verlauf (Jan./Jul. 77) die Repression zu Lohnpändungen und zu 78 Verhaftungen (unter dem Vorwand von gefälschten Ausweisen) führte, war eine gewisse Liberalisierung der Heimordnung unter Vertretungsrecht für die Bewohnerkomitees und zugleich... die Ankündigung einer neuen Mieterhöhung. In der Folge schlug die CGT der Regierung ein weiteres Manöver vor, nämlich eine persönliche "Mietbeihilfe", abgestuft nach dem jeweiligen "Einkommen" der Bewohner. Die Erfüllung dieser "Forderung", die von den Arbeitern nie gestellt worden war, zielte natürlich auf Spaltung der Streikenden und kostete außerdem nichts, denn sie ist durch die Sozialbeiträge der ausländischen Arbeiter selbst zu finanzieren.

Weit davon entfernt, jede Diskriminierung im Wohnungswesen zu verlangen, schlägt die KPF als Heilmittel nur... mehr Heime vor, d.h. mehr "Apartheid" und mehr Kontrolle. Von der Forderung nach Abschaffung der Hindernisse für die Einreise der Ausländerfamilien ist bei ihr ebenfalls nicht die Rede. Sie heuchelt "Mitleid" über das harte Los der ausländischen Arbeiter und preist zugleich die Vorteile der Staatskontrolle über die Einwanderung. Während die "kommunistischen" Bürgermeister eine Zuzugssperre wünschen, wenn der Ausländeranteil 10% der Einwohnerzahl erreicht, fordert die KPF das Monopol der Anwerbung und Vermittlung von ausländischen Arbeitskräften durch die ONI (französisches Pendant der Bundesanstalt für Arbeit) und die Beteiligung der Gewerkschaften sowohl an diesem Amt wie auch an der FAS, d.h. an der Planung von Ausländerheimen. Die o.e. Liberalisierung betrifft die Anerkennung der Besuchs-, Versammlungs- und Meinungsrechte in den Heimen sowie die Anerkennung der Heimzimmer als private und unantastbare Wohnsitze. Was ja ein Ergebnis des Kampfes war, geben die Reformisten als "Sieg des Verhandlungsweges" aus. Wenn die Streikenden die Anerkennung dieser Rechte auf ihre Plattform gesetzt haben, so versteht es sich von selbst, daß diese Rechte nur auf der Grundlage entsprechender Kräfteverhältnisse einen Sinn haben. In der Tat waren diese Rechte in den

bestreikten Heimen in der Praxis bereits teilweise durch Gewalt durchgesetzt worden. Umgekehrt wird die Anerkennung auf dem Papier die Bourgeoisie nicht daran hindern, in der Praxis durch Gewalt diese Rechte mit Füßen zu treten, wenn der Kampf und die Mobilisierung der Arbeiter nachlassen. Andererseits bedeutete die Anerkennung der Bewohnerkomitees nur einen Versuch, diese von der zentralen Kampfführung zu lösen. Die Sonacotra hatte schon vorher versucht, "unabhängige" Bewohnerkomitees zu schaffen und als Verhandlungspartner aufzuputzen.

Und was die wesentliche Forderung der Arbeiter nach Entfernung der rassistischen Verwalter angeht, so sperrte sich die CGT dagegen unter dem Vorwand, diese seien "gewerkschaftlich organisierte Arbeiter wie alle anderen" (wie bei den Bullen!).

DER KAMPF GEHT WEITER!

Das bestehende KK wurde natürlich nicht anerkannt, sondern einer zunehmenden Repression ausgesetzt. Das KK bildete und bildet den Rückgrat des Kampfes. Es ist ein Organ, das von den kämpfenden Arbeitern selbst hervorgebracht wurde, und keine "Front" von politischen Organisationen. Angesichts der Offensive gegen die ausländischen Arbeiter (von der "Hilfe für die Rückkehr in die Heimat" bis hin zur Welle von rassistischen Attentaten des Jahres 1977 und den verbrecherischen Verordnungen des Innenministers Stolléru, wie Zuzugssperre für die Familienangehörigen Verweigerung der Aufenthaltsverlängerung für Arbeitslose usw.) gewann es zunehmend an Bedeutung: wegen seines zentralisierten Charakters und weil es sich auf den Boden einer Kampfeinheit aller Proletarier gegen die Repression und die Diskriminierung zu stellen wußte. So konnten alle von der Sonacotra 1978 angestregten Gerichtsverhandlungen durch Demonstrationen begleitet werden, und eine große Demonstration voriges Jahr in Paris erfaßte 9.000 ausländische Arbeiter - obwohl sie von den Reformisten und fast allen "linken" Gruppen boykottiert wurde. Ende 1978 hatte sich der Streik bereits auf 110 Heime der Sonacotra und 30 Heime anderer Träger ausgedehnt und ergriff ca. 40000 Arbeiter!

DIE "LINKEN GRUPPEN"

Für die Unterstützung des Kampfes bildeten sich Unterstützungskomitees um die bestreikten Heime, die sich aber zumeist sehr bald infolge der falschen politischen Orientierung und der mangelnden Ernsthaftigkeit der sie tragenden "linken Gruppen" auflösten.

Die Praxis der extremen linken des Opportunismus läßt sich kurz schildern: Auf der einen Seite stehen die Gruppen, die eine prinzipielle Nachtrabpolitik gegenüber den offiziellen Gewerkschaften und "Arbeiterpar-

(Fortsetzung auf S. 4)

Internationale Presse

il programma comunista

EL PROGRAMA COMUNISTA

EL COMUNISTA

Communist Program

le prolétaire

programme communiste

EL PROLETARIO

el-oumami

China — Vietnam

Das Lügengebäude des „Nationalen Sozialismus“ bricht zusammen

(Fortsetzung von S. 1)

und Nationalstaaten auf Konkurrenz und führen in ihrer Entwicklung zu einer Verschärfung der Konkurrenz - um Absatzmärkte, Rohstoffe, ausbeutungsfähige Gebiete, strategische Stützpunkte, Einflußsphären. Alle Widersprüche des Kapitalismus verschärfen sich und müssen sich schließlich in allen Arten des Krieges äußern. Kein "kommunistisches Mäntelchen" kann daher die kapitalistische Natur eines Staates verschleiern. So wie die reine Beuteerwerb, man sei reich, zwar einige Betrügereien ermöglichen kann, auf Dauer aber keine Kreditwürdigkeit sichert.

Was durch den Überfall Vietnams auf Kambodscha und den Überfall Chinas auf Vietnam fadenscheiniger denn je wurde, ist gerade das falsche Mäntelchen und nicht der Marxismus; was zusammenbricht, ist nicht der Sozialismus, sondern das Lügengebäude des nationalen "Sozialismus".

Wir Marxisten und Kommunisten können nichts dafür, daß versucht wird, Kapitalismus für Sozialismus auszugeben - der Versuch zeugt nur von der ungeheuren Anziehungskraft unserer Ideen. Ohne die sozialistischen Auffassungen zu entstellen und sie demagogisch auszunutzen, kommt der Klassenfeind nicht mehr aus! Für die antiproletarische Demagogie des Feindes sind wir zwar nicht verantwortlich, wohl aber für deren Bekämpfung, denn sie zielt auf die Entwaffnung des Proletariats, auf die Verewigung seiner Unterjochung. Während im Osten die Lohnarbeiter, die ja kein Vaterland haben, im Namen des jeweiligen "sozialistischen Vaterlandes" ausgebeutet und als Kanonenfutter benutzt werden, wird dies im Westen ausgeschlachtet, um dem hier ebenso ausgebeuteten und als Kanonenfutter benutzten Proletariat weiszumachen, der Sozialismus sei nicht besser als der Kapitalismus, für ihn lohne es sich nicht zu kämpfen. Die ideologische Kumpanei der Klasse, die ihre Bankdepots voller Aktien hat, bzw. die Aktien der Privat- oder Staatseigentümer in Ost und West durch Mehrwertabpressung steigen läßt und vermehrt, ergreift die ganze Welt. Und diese Kumpanei wird ergänzt durch die "linken" Wasertträger der Bourgeoisie in ihrem Feldzuge gegen die revolutionäre Theorie und das revolutionäre Programm des Proletariats. Diese Scheinlinken reden im Chor der Bourgeoisie: Ja ja, da ist Sozialismus, zwar nicht in Rußland, aber in China oder umgekehrt zwar nicht in China, aber in Rußland und Vietnam, ein bißchen

weniger hier und ein bißchen mehr dort, aber doch doch: Sozialismus. Für sie ist der Sozialismus nicht das Produkt einer internationalen proletarischen Revolution, der internationalen Zertrümmerung des Imperialismus und Abschaffung des Kapitalismus, sondern die Sache der Realpolitik eines bestimmten nationalen Staates, die Sache der Erweiterung der Einflußsphäre dieses Staates. Und da im imperialistischen Zeitalter, im Zeitalter der Weltkriege, sich alle Widersprüche zwischen den nationalen bürgerlichen Staaten um zwei Kriegsfronten periodisch gruppieren, machen sie sich zu Unterstützern des einen imperialistischen Lagers gegen das andere (d.h. entweder des russischen oder des amerikanischen) und helfen eifrig der Bourgeoisie bei der langfristigen Mobilisierung für den 3. Weltkrieg.

Die Kämpfe in Südostasien stehen in der Tat einerseits im Zeichen der "Abrundung" des vor kurzem gebildeten vietnamesischen Staates, der die kambodschanische Bauernschaft unter seine Herrschaft zu bringen versucht, andererseits im Zeichen der Vorbereitung der Fronten des 3. imperialistischen Weltkrieges am Pazifik. Zu diesen beiden Aspekten haben wir in unserer Zeitschrift "Kommunistisches Programm" bereits etwas länger geschrieben (zu Vietnam/Kambodscha in Nr. 17, zu den imperialistischen Gegensätzen in Nr. 18 und 19) und wir müssen uns hier äußerst knapp fassen. Die Konflikte zwischen Vietnam und Kambodscha sind eine besondere Erscheinungsform der Kämpfe zwischen Bauernschaft und Bourgeoisie, die nach jeder bürgerlichen Revolution auszubrechen pflegen. Die vietnamesische Bourgeoisie verfolgte im Laufe des ganzen Befreiungskampfes ein rein militärisches und diplomatisches Konzept. Im Laufe einer Reihe von Kompromissen mit dem Imperialismus ließ sie die soziale Bewegung der Bauernschaft in Südvietnam und Kambodscha immer wieder fallen, um sich im Norden zu festigen und von dort aus die staatliche Einheit in Indochina sozusagen "auf preußische Art" herzustellen. Wenn aus dem indochinesischen Befreiungskrieg mehrere Staaten und somit auch eine kambodschanische Bauernrepublik überhaupt entstehen konnten, so durch die ganze inkonsequente und verräterische Haltung der vietnamesischen Bourgeoisie. Wie jede radikale Bauernrevolution trug die kambodschanische alle Züge des Kampfes gegen die Stadt (die ja keine Wirtschaftseinheit mit dem Lande

bildete, sondern nur der parasitäre Übertragungsriemen der kolonialen Ausbeutung auf die Bauernschaft darstellte) und eines primitiven und utopischen "Bauernkommunismus". Vor dem Hintergrund der totalen Verwüstung des Landes durch amerikanische Bombenangriffe, des Hungers und der Last von Millionen Städtern, die durch den Auszug der Imperialisten plötzlich ganz in der Luft hingen wie ein Brückenkopf ohne Brücke, organisierte sie durch Schreckensherrschaft das Überleben in ihrer belagerten Festung (und erzeugte damit auch die ekelhafte, auf Ignoranz, Heuchelei und billigem Moralismus beruhende Empörung aller Schattierungen der Weltöffentlichkeit). Die Khmer-Bauern verteidigten dann ihr Territorium gegen die Einverleibung durch den vietnamesischen Staat, von dem sie ohnehin keinen Schutz gegen die imperialistische Plünderung erhalten hatten und nunmehr nur Ausbeutung zugunsten der industriellen Akkumulation erwarten konnten. Doch kann die Bauernschaft ihre Selbständigkeit gegenüber dem Kapital nicht aufrechterhalten. Die an sich progressive Aufgabe der nationalen Vereinigung Indochinas wird aber geprägt durch die reaktionären Züge ihres Trägers, der vietnamesischen Bourgeoisie und hat die nationale Unterdrückung der Khmer zur Folge. Das Proletariat, namentlich das vietnamesische, muß das Selbstbestimmungsrecht dieses Volkes anerkennen. Das hat nichts mit einer Unterstützung für Sianhouk oder Pol Pot zu tun, sondern mit den Bedürfnissen der internationalen Vereinigung des Proletariats, das sich von jeder nationalen Unterdrückung, die "seine" Bourgeoisie betreibt, scharf distanzieren muß.

Die Erweiterung der Einflußsphäre des vietnamesischen Staates (und faktisch dessen Hoheitsgebietes) steht im Gegensatz zu den nationalen Interessen Chinas, das sich nur deshalb und nicht aus einer "Sympathie" für die Khmer-Bauern zur "Schutzmacht" der kambodschanischen "Selbständigkeit" hochstilisierte. Einerseits sind China und Vietnam Konkurrenten in Südostasien. Andererseits hatte sich China unter dem Druck seiner machtpolitischen, nationalen Gegensätze zur UdSSR in einen Verbündeten der USA verwandelt, was wir seit 1949 vorhersagten. Die von Vietnam seit 1975 ständig unternommenen Bemühungen, sich enger an den Westen zu binden, wurden von China daher hintertrieben. Vietnam mußte sich an Rußland anlehnen. Es gibt eben keine "drei Welten", sondern die "zwei Kriegslager" des nächsten Weltgemetzels, die sich schon heute organisieren! Ein Stützpunkt in Vietnam ist für die UdSSR von lebens-

wichtiger Bedeutung: Zum einen ist das südchinesische Meer die Verbindung zwischen indischem und pazifischen Ozean und somit Knotenpunkt der japanischen Erdölversorgung, zum anderen wird China dadurch an seiner südöstlichen Flanke bedroht, d.h. bei der allgemeinen Abrechnung zu einem Zweifrontenkrieg gezwungen. Während China aber die vietnamesische Bourgeoisie nicht daran hindern konnte, Kambodscha unter ihre Kontrolle zu bringen, so mußte es die vietnamesische Aktion zum Anlaß nehmen, um durch militärischen Druck auf Vietnam - und für die Straffaktion hat sich China im Laufe der Deng-Reise die Genehmigung Washingtons und das "neutrale Wohlwollen" Japans geholt - den südlichen Nachbar zu Verhandlungen zu zwingen, nicht so sehr über Kambodscha, als vielmehr über die Bündnisfrage. Die "Straffexpedition" ist ein klassischer Erpressungsversuch, mit dem China Vietnam "klar macht", daß es sich vor allem bei Verschärfung der internationalen Lage dessen Neutralität durch einen rechtzeitigen Kriegsangriff sichern wird, daß sich Vietnam, was die Bündnisfrage angeht, merken soll, daß noch nicht alle Würfel gefallen sind.

Aber der Pazifik ist nur eine Front des 3. Weltkrieges, der ein Zweifrontenkrieg sein wird. Die andere liegt im Westen. Und es ist kein Zufall, daß zu dem gleichen Zeitpunkt, da am Pazifik mit Waffengang, Waffenkäufen "Modernisierungsplänen" und Vertragsabschlüssen die Bedingungen dieses Krieges vorbereitet werden, in der BRD eine heiße Debatte über die Rüstung des Landes entbrennt, bei der es aber in Wirklichkeit um die Bündnisfrage, um die Möglichkeit, sich mindestens zeitweilig "neutralistisch" zwischen den Fronten zu arrangieren, geht. Darauf können wir aber erst in der nächsten Nummer eingehen.

Gegenüber all diesen Manövern und Erschütterungen, mit denen die internationale Bourgeoisie den nächsten Weltkrieg vorbereitet, muß das Proletariat, will es sich nicht wieder zum Nutzen und Frommen des Kapitals gegenseitig abschlachten und abschlachten lassen, sich darüber klar werden, daß nationaler Sozialismus nur die ideologische Hülle für eine aggressive Politik des Kapitals ist (so übrigens auch bei Hitler). Er ist der Zwillingbruder des "demokratischen Sozialismus". Auf die Vorbereitungsaktionen des imperialistischen Krieges wie auf diesen Krieg selbst kann das Proletariat nur mit dem revolutionären Defätismus, mit der Vorbereitung seiner internationalen Revolution und deren Durchführung antworten.

Mieterstreik der ausländischen Arbeiter in Frankreich

(Fortsetzung von S. 3)

teilen" betreiben und zu jeder Kapitulation bereit sind, um ihre "Unterstützung" zu erhalten. Diese Gruppen verhindern die Solidarität seitens der französischen Arbeiter, welche sie vor die "Alternative" stellen: Entweder unter Einhaltung der "Gewerkschaftsdisziplin" die Bonzen dazu bringen, die ausländischen Arbeiter zu unterstützen, oder auf jede Unterstützung verzichten. Hierzu gehören die LCR ("IV. Internationale") und die spontaneistische OCT.

Auf der anderen Seite stehen die Gruppen, die jeden "reinen Lohnkampf" als "opportunistisch" abstempeln, d.h. in totaler Mißverständnis der realen Entwicklung des Klassenkampfes die Arbeiterklasse vor die falsche Alternative stellen, entweder das "politische Programm" (d.h. das scheinrevolutionäre Programm der eigenen Clique) zu akzeptieren, oder auf jede Verteidigung zu verzichten.

Diese Variante trifft mit den Gruppen zusammen, die nicht verstehen können, daß man alle Arbeiter zu einer Klassenolidarität aufrufen und organisieren muß. Und zwar weil sie entweder prinzipiell gegen Gewerkschaften sind, d.h. wie die

maoistische UCFML den Gewerkschaftsapparat mit den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern verwechseln, oder weil sie wie die Mehrheit der maoistischen Gruppen populistisch sind, d.h. sich nicht auf die Arbeiterklasse sondern auf die "Öffentlichkeit" ausrichten und demokratische Methoden anstelle der proletarischen stellen, wodurch sie das klassenmäßige Potential des Kampfes zu ersticken drohen. Alle diese Gruppen erkennen das KK als einzige Führung des Kampfes natürlich nicht an.

PERSPEKTIVEN

Gewann der Kampf der Sonacotra-Mieter einen exemplarischen Charakter wegen seines Ausmaßes, seiner Dauer, seiner instinktiven Ablehnung der Kapitulationsangebote der reformistischen Gewerkschaftsführungen und Parteien, dann nur deshalb, weil die Streikenden eine zentralisierte Organisation schaffen konnten, dies weder von der Repression, noch von den Spaltungsmanövern, noch von der Isolierung brechen ließ, sondern stattdessen eine führende Rolle bei der Mobilisierung aller ausländischen Arbeiter gegen die verschiedenen Dis-

kriminierungs- und Repressionsmaßnahmen der Regierung zu spielen wußte.

Die größte Schwäche des Kampfes ist seine Isolierung gegenüber den französischen Arbeitern, trotz der Bemühungen der Streikenden in dieser Richtung. Die Verantwortung für diese Isolierung liegt bei den reformistischen Gewerkschaftszentralen und den sog. "Arbeiterparteien", aber auch bei den "linken Gruppen". Da der größte Teil der Energien des KK zwanqsläufig auf die Heime konzentriert wird, um die eigene Basis zu verstärken und auszubreiten, fällt den Unterstützungskomitees die größte Verantwortung bei der Herstellung von Verbindungen zwischen Heimen und Betrieben zu. Für die Gruppen der "Linken", soweit sie sich überhaupt damit befassen, muß aber die Verbindung zu den Betrieben über die Gewerkschaften laufen, die man deswegen nicht zuviel kritisieren darf, um ihre "Unterstützung" zu gewinnen. Das Ergebnis ist, daß die direkte Verbindung an der Basis zwischen französischen und ausländischen Arbeitern bis jetzt noch kaum vorangekommen ist. Die Sympathie, die die französischen Arbeiter dem Kampf entgegenbringen, wird fast immer von den demagogischen Gewerkschaftsbürokratien abgefangen und neutralisiert.

Angesichts dessen, daß die Verlängerung äußerst zahlreicher Aufenthaltsgenehmigungen auf der Tagesordnung steht und daß die Bourgeoisie die "öffentliche Meinung" auf massive Ausweisungen als "Heilmittel" gegen die Arbeitslosigkeit vorbereitet, tritt der Kampf jetzt wieder in eine entscheidende Phase, in der sich das KK wieder als zentrale Säule wird behaupten müssen und in der die Solidarität der französischen Arbeiter in den Betrieben mehr denn je nötig ist. Man muß an die Welle von Lohnkämpfen, die Frankreich zur Zeit erschüttern, knüpfen, um die Mauern, die der Reformismus errichtet hat, zu zerschlagen - damit sich beide, ausländische und französische Arbeiter, erfolgreich wehren können.

Unsere Partei ist in diesem Kampf auf ihrem Posten. Und sie sammelt Erfahrung für gleiche Kämpfe, die auch in anderen Ländern nicht ausbleiben werden.

IMPRESSUM:

Presserechtlich verantwortlich und Kontaktadresse:
Helmut Tammen
Obentrautstr. 32 - 1 Berlin 61

Druck: Movimento Druck
Waldemarstr. 33 - Berlin